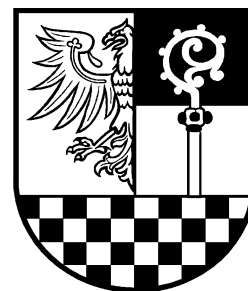


Amtsblatt



für den Landkreis Teltow-Fläming

27. Jahrgang

Luckenwalde, 16.01.2019

Nr. 3

Inhalt

Bekanntmachungen des Landkreises2

Bekanntmachung der Landrätin: 1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Jüterbog-Fläming vom 14. Juli 2016 2

Wahl des Kreistages Teltow-Fläming am 26. Mai 2019 Bekanntmachung vom 10. Januar 2019 6

Einladung zur 26. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses am Montag, dem 28.01.2019, um 17:00 Uhr. 16

Sonstige Bekanntmachungen18

Festsetzung nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) für das Wirtschaftsjahr 2019 des TAZV Luckau 18

Herausgeber: Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Das Amtsblatt kann in den Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming sowie im Internet unter der Adresse <http://www.teltow-flaeming.de> eingesehen werden.

Das Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming erscheint in der Regel dreimal monatlich.

Bezugspreis jährlich 40,00 Euro; bei Bezug durch die Post zuzüglich 1,50 Euro Porto.

Einzelne Exemplare sind gegen eine Gebühr von 2,50 Euro in der Bürgerinformation der Kreisverwaltung, Am Nuthefließ 2, in 14943 Luckenwalde erhältlich und liegen dort zur Einsichtnahme aus.

Bekanntmachungen des Landkreises

Bekanntmachung der Landrätin:

1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Jüterbog-Fläming vom 14. Juli 2016

Die Versammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Jüterbog-Fläming hat auf der Grundlage der §§ 12 und 13 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbG) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]) in der derzeit gültigen Fassung in der Sitzung am 06.12.2018 folgende 1. Änderungssatzung zur Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Jüterbog-Fläming, in ihrer Neufassung beschlossen am 14.07.2016 und veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming, 24. Jahrgang, Nr. 19, S. 6 - 15 am 04. August 2016, wird wie folgt geändert:

§ 2 Verbandsaufgaben

Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Zweckverband hat im Verbandsgebiet die folgenden Aufgaben

1. die Versorgung mit Trinkwasser
2. die schadlose Entsorgung, Ableitung und Behandlung von Schmutzwasser.

Für den Ortsteil Lobbese der Stadt Treuenbrietzen werden nur die Aufgaben der Versorgung mit Trinkwasser wahrgenommen.

Der Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming ist berechtigt, Trinkwasser auch außerhalb des Verbandsgebietes zu liefern und Schmutzwasser sowie Klär- oder Fäkal Schlamm von außerhalb des Verbandsgebietes zu übernehmen bzw. den Schlamm an andere Aufgabenträger abzugeben.“

§ 4 Organe des Zweckverbandes

wird wie folgt gefasst:

„Organe des Zweckverbandes sind:

- die Versammlung und
- die Vorstandsvorsitzende oder der Vorstandsvorsitzende (Verbandsleitung).“

§ 5 Versammlung

Absatz 2 wird aufgehoben.

Der Absatz 3 wird Absatz 2.

§ 6 Aufgaben der Verbandsversammlung

Absatz 2b wird aufgehoben.

Die Absätze 2c bis 2p werden 2b bis 2o.

Absatz 2b wird wie folgt gefasst:

„(2b) die Wahl oder Abwahl der hauptamtlichen Verbandsleitung sowie deren 1. und 2. Stellvertreterin/Stellvertreter.“

Absatz 2c wird wie folgt gefasst:

„(2c) den Wirtschaftsplan einschließlich Finanzplan, Kreditrahmen, Investitionsplan und Stellenplan sowie deren Nachträge, und ist zuständig für die Entgegennahme von Zwischenberichten über die bisherige Ausführung des Wirtschaftsplanes und über die voraussichtliche Entwicklung bis zum Ende des Wirtschaftsjahres.“

Absatz 2j wird wie folgt gefasst:

„(2j) die Vergabe und den Abschluss von Verträgen mit einem Wert von über 250.000 € im Rahmen des beschlossenen Wirtschaftsplanes sowie die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen von über 25.000 €.“

§ 12 Verbandsausschuss wird aufgehoben.

Die §§ 13 bis 21 werden die §§ 12 bis 20.

§ 12 Wahl, Stellung und Aufgaben der Verbandsleitung

Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Verbandsleitung sowie deren 1. und 2. Stellvertreterin/Stellvertreter werden durch die Verbandsversammlung gewählt. Die/der Stellvertreterin/Stellvertreter der Verbandsleitung sind ehrenamtlich tätig. Ist die/der erste Stellvertreterin/Stellvertreter an der allgemeinen Vertretung der Verbandsleitung gehindert, so ist die/der zweite Stellvertreterin/Stellvertreter zur allgemeinen Vertretung bestimmt.“

Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Die Verbandsleitung ist Dienstvorgesetzte der Beschäftigten des Zweckverbandes. Sie ist ferner zuständig für die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung der Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe 10, soweit diese Maßnahmen dem durch die Verbandsversammlung bestätigten Stellenplan nicht widersprechen. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzte der Verbandsleitung.“

Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Der Verbandsleitung wird zur dauernden Erledigung die Entscheidung über Abschluss, Änderung oder Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften mit einem Wert von bis zu 250.000 € im Rahmen des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplanes übertragen. Gleiches gilt für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis zu 25.000 €.

Die Verbandsversammlung ist von Geschäften über Vermögensgegenstände des Zweckverbandes mit einem Wert von über 100.000 € zu informieren und von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Kenntnis zu setzen.“

Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Weiterhin ist die Verbandsleitung für den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften mit einem Wert von bis zu 25.000 € zuständig.“

Absatz 8 wird wie folgt gefasst:

„(8) Die Verbandsleitung entscheidet über Stundung, Niederschlagung und Erlass. Soweit der Betrag 5.000 € übersteigt, ist die Verbandsversammlung zu informieren.“

Absatz 9 wird wie folgt gefasst:

„(9) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind von der Verbandsleitung oder der/dem 1. oder 2. Stellvertreterin/Stellvertreter und dem Vorsitzendem der Verbandsversammlung oder seiner/m Stellvertreterin/Stellvertreter zu unterzeichnen. Erklärungen, die nicht den gesetzlichen Formvorschriften entsprechen, binden den Zweckverband nicht. Für die Geschäfte der laufenden Verwaltung und für Geschäfte im Zuständigkeitsbereich der Verbandsleitung genügt die Unterschrift der Verbandsleitung oder der/des 1. oder 2. Stellvertreterin/Stellvertreters.“

Nach § 12 Absatz 9 werden § 12 Absatz 10 und Absatz 11 eingefügt:

„(10) Die Verbandsleitung ist zuständig für die Vorbereitung von Beschlüssen und Entscheidungen der Verbandsversammlung zu Schwerpunktaufgaben entsprechend § 6 Abs. 2 der Verbandssatzung.

„(11) Die Verbandsleitung ist zuständig für die Beendigung von anhängigen Rechtsstreitigkeiten durch Vergleich oder Anerkenntnis unter Beachtung der Geschäftsordnung.“

§ 13 Ehrenamtliche Tätigkeit und Beschäftigte des Verbandes

Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Vertreter der Mitglieder in der Verbandsversammlung sowie die/ der 1. und 2. Stellvertreterin/Stellvertreter der Verbandsleitung sind ehrenamtlich tätig.

Die Aufwandsentschädigungen und der Ersatz für Auslagen und Verdienstausfall sind in einer gesonderten Satzung geregelt.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Die 1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming in Kraft.

Jüterbog, den 06. Dezember 2018

Jana Schuhmacher
Verbandsvorsteherin des
WAZ Jüterbog-Fläming

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende 1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Jüterbog-Fläming vom 14. Juli 2016 wird hiermit gemäß § 14 Absatz 1 und 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14 [Nr. 32]) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Oktober 2018 (GVBl. I/18 [Nr. 22]) öffentlich bekannt gemacht.

Luckenwalde, den 09.01.2019

Wehlan

Wahl des Kreistages Teltow-Fläming am 26. Mai 2019
Bekanntmachung vom 10. Januar 2019

Gemäß § 26 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes (BbgKWahlG) und § 31 Abs. 2 und 3 der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung (BbgKWahlV) mache ich Folgendes bekannt:

1. Wahltag und Wahlzeit

Die Wahl des 6. Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming findet am **Sonntag, den 26. Mai 2019** in der Zeit **von 8 bis 18 Uhr** statt.

Gesetzliche Grundlage ist die Verordnung über den Wahltag und Wahlzeit der allgemeinen Kommunalwahlen 2019 vom 15. August 2018 (GVBl. II Nr. 52).

2. Wahlgebiet und Anzahl der zu wählenden Vertreterinnen/Vertreter

Wahlgebiet ist für die Wahl des Kreistages der Landkreis Teltow-Fläming. Für den Kreistag sind insgesamt 56 Kreistagsabgeordnete zu wählen.

3. Wahlkreise

Im Wahlgebiet sind 5 Wahlkreise mit folgender Abgrenzung gebildet worden:

Wahlkreis 1: Großbeeren, Ludwigsfelde

Wahlkreis 2: Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf

Wahlkreis 3: Trebbin, Zossen, Am Mellensee

Wahlkreis 4: Nuthe-Urstromtal, Luckenwalde, Baruth/Mark

Wahlkreis 5: Jüterbog, Niedergörsdorf, Amt Dahme/Mark

4. Wahlvorschläge

4.1. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen und Einreichungsfrist

Ich fordere gemäß § 31 Abs. 2 Satz 3 BbgKWahlV auf, die Wahlvorschläge für die Wahl **möglichst frühzeitig** einzureichen.

Spätester Einreichungstermin ist Donnerstag, der 21. März 2019, 12 Uhr.

Die Wahlvorschläge sind **schriftlich** einzureichen bei der **Kreiswahlleiterin des Landkreises Teltow-Fläming:**

Kreisverwaltung Teltow-Fläming

Am Nuthefließ 2

14943 Luckenwalde

Zimmer: B8-0-01

4.2. Wahlvorschlagsrecht

Wahlvorschläge können von **Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen, Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern** eingereicht werden. Daneben können Parteien, politische Vereinigungen und Wählergruppen auch gemeinsam einen Wahlvorschlag als **Listenvereinigung** einreichen. Sie dürfen sich jedoch bei jeder Wahl nur an einer Listenvereinigung beteiligen; die Beteiligung an einer Listenvereinigung schließt einen eigenständigen Wahlvorschlag für **dieselbe Wahl** aus.

4.3. Besondere Anzeigepflicht von Listenvereinigungen

Die Absicht, sich zu einer Listenvereinigung zusammenzuschließen, ist der Kreiswahlleiterin für den Landkreis Teltow-Fläming durch die für das Wahlgebiet zuständigen Organe aller am Zusammenschluss Beteiligte **spätestens** bis zum **Donnerstag, den 21. März 2019, 12 Uhr, schriftlich** anzuzeigen. Die Erklärung der an dem Zusammenschluss beteiligten Gruppierungen muss bei Parteien oder politischen Vereinigungen von mindestens zwei Mitgliedern des für das Wahlgebiet zuständigen Vorstands, darunter der oder dem Vorsitzenden oder einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter, bei Wählergruppen von der oder dem Vertretungsberechtigten der Wählergruppe unterzeichnet sein.

4.4. Wahlkreisbezug der Wahlvorschläge

Eine Partei, eine politische Vereinigung, eine Wählergruppe, eine Einzelbewerberin oder ein Einzelbewerber kann in jedem der unter 3. aufgeführten Wahlkreise nur einen Wahlvorschlag einreichen.

4.5. Höchstzahl der Bewerberinnen bzw. Bewerber je Wahlkreis

Jeder Wahlvorschlag für die Wahlkreise 1 bis 5 darf höchstens 16 Bewerberinnen bzw. Bewerber enthalten.

4.6. Inhalt der Wahlvorschläge

4.6.1. Inhalt der Wahlvorschläge

Die Wahlvorschläge sollen nach dem Muster der Anlage 5a zu § 32 Abs. 1 Satz 1 BbgK-WahlV eingereicht werden (Formular - siehe unter 5). Sie müssen enthalten

- a) den Familiennamen, die Vornamen, den Beruf oder die Tätigkeit, den Tag der Geburt, den Geburtsort, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift einer jeden Bewerberin und eines jeden Bewerbers in erkennbarer Reihenfolge,
- b) **als Wahlvorschlag einer Partei oder politischen Vereinigung** den vollständigen Namen der einreichenden Partei oder politischen Vereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese; der im Wahlvorschlag angegebene Name der Partei oder politischen Vereinigung muss mit dem Namen übereinstimmen, den diese im Lande führt,
- c) **als Wahlvorschlag einer Wählergruppe** den Namen der einreichenden Wählergruppe und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese; aus dem Namen muss hervorgehen, dass es sich um eine Wählergruppe handelt; der Name und die etwaige Kurzbezeichnung dürfen nicht den Namen von Parteien oder politischen Vereinigungen oder deren Kurzbezeichnung enthalten,

- d) **als Wahlvorschlag einer Listenvereinigung** den Namen der Listenvereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese; zusätzlich sind die Namen und, sofern vorhanden, auch die Kurzbezeichnungen der an ihr beteiligten Parteien, politischen Vereinigungen und Wählergruppen anzugeben,
- e) den Namen des Wahlgebietes und die bei wahlkreisbezogenen auch die Bezeichnung des Wahlkreises.

Der **Wahlvorschlag** einer **Einzelbewerberin** oder eines **Einzelbewerbers** darf nur die unter Buchstabe a und e bezeichneten Angaben enthalten.

4.6.2. Mindestanzahl der Bewerber je Wahlvorschlag

Jeder Wahlvorschlag für die Wahlkreise 1 bis 5 muss mindestens eine Bewerberin oder einen Bewerber enthalten.

4.6.3. Vertrauensperson und Stellvertreter

Daneben soll der Wahlvorschlag Namen, Anschrift und Telekommunikationsanschluss der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson enthalten. Als Vertrauensperson kann auch eine Bewerberin oder ein Bewerber benannt werden. Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind nur die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson, jede für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen.

4.6.4. Unterzeichnung der Wahlvorschläge

Der Wahlvorschlag einer Partei oder politischen Vereinigung muss von mindestens zwei Mitgliedern des für das Wahlgebiet zuständigen Vorstandes, darunter der oder dem Vorsitzenden oder einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter, unterzeichnet sein. Der Wahlvorschlag einer Wählergruppe muss von der oder dem Vertretungsberechtigten unterzeichnet sein. Die Vertretungsberechtigung ist auf mein Verlangen nachzuweisen. Der Wahlvorschlag einer Listenvereinigung muss von jeder an ihr beteiligten Partei, politischen Vereinigung und Wählergruppe entsprechend unterzeichnet sein. Der Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers muss von dieser oder diesem unterzeichnet sein.

4.6.5. Wichtige Beschränkungen

Jede Bewerberin und jeder Bewerber darf nur auf einem Wahlvorschlag für die Wahl zum Kreistag Teltow-Fläming benannt sein. Die Bewerberin oder der Bewerber auf dem Wahlvorschlag einer Partei darf nicht Mitglied einer anderen Partei sein, die mit einem eigenen Wahlvorschlag zu dieser Wahl antritt.

4.7. Voraussetzungen für die Benennung als Bewerberin oder Bewerber**4.7.1. Allgemeine Voraussetzungen**

Die Benennung als Bewerberin oder Bewerber auf einem Wahlvorschlag einer Partei, politischen Vereinigung, Wählergruppe oder Listenvereinigung ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:

- a) Die Bewerberin oder der Bewerber muss gemäß § 11 BbgKWahlG wählbar sein.
- b) Die Bewerberin oder der Bewerber muss durch eine Versammlung zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 33 BbgKWahlG bestimmt worden sein (siehe Nummer 4.8).
- c) Die Bewerberin oder der Bewerber muss der Benennung auf dem Wahlvorschlag schriftlich zustimmen. Die Zustimmung ist nach dem Muster der Anlage 7a zu § 32 Absatz 5 Nummer 1 BbgKWahlG abzugeben. Wird der Wahlvorschlag von einer **Partei** eingereicht, hat die Bewerberin oder der Bewerber in der Zustimmungserklärung zudem ihre oder seine Parteimitgliedschaften anzugeben oder zu erklären, dass sie oder er parteilos ist.

Die in Buchstabe a und c genannten Voraussetzungen gelten ferner für **Einzelbewerberinnen** und **Einzelbewerber**.

4.7.2. Wählbarkeit von Deutschen

Gemäß § 11 Absatz 1 BbgKWahlG sind wählbar alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die

- am 26. Mai 2019 das 18. Lebensjahr vollendet haben und
- seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Eine Deutsche oder ein Deutscher ist nach § 11 Absatz 2 BbgKWahlG nicht wählbar, wenn sie oder er

- infolge Richterspruch das Wahlrecht nicht besitzt,
- sich aufgrund einer Anordnung nach § 63 i. V. m. § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befindet,
- infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

4.7.3. Wählbarkeit von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern

Gemäß § 11 Absatz 1 BbgKWahlG sind wählbar, auch alle Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die

- am 26. Mai 2019 das 18. Lebensjahr vollendet haben und
- seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Eine Unionsbürgerin oder ein Unionsbürger ist nach § 11 Absatz 3 BbgKWahlG nicht wählbar, wenn sie oder er

- infolge Richterspruch das Wahlrecht nicht besitzt,
- sich aufgrund einer Anordnung nach § 63 i. V. m. § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befindet,
- infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder
- die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
- infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung im Herkunftsmitgliedstaat die Wählbarkeit nicht besitzt. Überschrift (z. B. Bescheinigung über die Wählbarkeit)

4.7.4. Wählbarkeitsbescheinigung für Bewerberinnen und Bewerber

Mit dem Wahlvorschlag ist mir für jede Bewerberin und für jeden Bewerber eine Bescheinigung der Wahlbehörde nach dem Muster der Anlage 8a zu § 32 Absatz 5 Nummer 2 BbgKWahlV einzureichen, dass die vorgeschlagene Bewerberin oder der vorgeschlagene Bewerber wählbar ist.

4.7.5. Versicherung an Eides statt für Unionsbürgerinnen und -bürger

Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die schriftlich ihre Zustimmung zur Kandidatur erklärt haben, müssen mir mit der Bescheinigung nach Satz 1 zusätzlich eine Versicherung an Eides statt nach dem Muster der Anlage 8c zu § 32 Absatz 5 Nummer 3 BbgKWahlV über ihre Staatsangehörigkeit und darüber vorlegen, dass sie in ihrem Herkunftsmitgliedstaat nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind.

4.8. Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 33 BbgKWahlG

4.8.1. Parteien und politische Vereinigungen mit Organisation im Wahlgebiet

Die Bewerberinnen und Bewerber einer Partei oder politischen Vereinigung und ihre Reihenfolge müssen in einer Versammlung von den zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens im gesamten Wahlgebiet wahlberechtigten Mitgliedern der Partei oder politischen Vereinigung in geheimer Abstimmung bestimmt worden sein (Mitgliederversammlung). Dies kann auch durch Delegierte geschehen, die von den Mitgliedern (Satz 1) aus ihrer Mitte in geheimer Wahl hierzu besonders gewählt worden sind (Delegiertenversammlung).

4.8.2. Parteien und politische Vereinigungen ohne Organisation im Wahlgebiet

Wenn die Partei oder politische Vereinigung im Wahlgebiet keine Organisation hat, können die Bewerberinnen und Bewerber sowie ihre Reihenfolge auch durch die im gesamten Amtsgebiet wahlberechtigten Mitglieder der Partei oder politischen Vereinigung oder deren Delegierte oder durch die für die Wahl zum Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming wahlberechtigten Mitglieder der Partei oder politischen Vereinigung oder deren Delegierte bestimmt werden.

4.8.3. Wählergruppen

Die Bewerberinnen und Bewerber einer Wählergruppe sowie ihre Reihenfolge müssen in einer Versammlung von den zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens im gesamten Wahlgebiet wahlberechtigten Mitgliedern der Wählergruppe (Mitgliederversammlung) oder, wenn die Wählergruppe nicht mitgliedschaftlich organisiert ist, in einer Versammlung von den zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens im gesamten Wahlgebiet wahlberechtigten Anhängerinnen und Anhängern (Anhängerrinnen- und Anhängerversammlung) der Wählergruppe in geheimer Abstimmung bestimmt worden sein. Dies kann auch durch Delegierte geschehen, die von den Mitgliedern oder Anhängerinnen und Anhängern (Satz 1) aus ihrer Mitte in geheimer Wahl hierzu besonders gewählt worden sind (Delegiertenversammlung). Die Ausführungen zu Nummer 4.8.2 gelten für mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppen entsprechend.

4.8.4. Listenvereinigungen

Die Bewerberinnen und Bewerber einer Listenvereinigung sowie ihre Reihenfolge müssen in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Delegiertenversammlung in geheimer Abstimmung bestimmt worden sein; im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 33 BbgKWahlG sinngemäß.

4.8.5. Ladungsfrist

Zu den Versammlungen sind die Mitglieder, Anhängerinnen und Anhänger oder Delegierten von dem zuständigen Vorstand der Partei oder politischen Vereinigung oder der oder dem Vertretungsberechtigten der Wählergruppe mit einer **mindestens dreitägigen Frist** entweder einzeln oder durch öffentliche Ankündigung zu laden.

4.8.6. Abstimmung

Jede stimmberechtigte Teilnehmerin und jeder stimmberechtigte Teilnehmer der Versammlung ist für die geheime Wahl der Bewerberinnen und Bewerber sowie der Delegierten für die Delegiertenversammlung vorschlagsberechtigt. Den Bewerberinnen und Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. In der Versammlung müssen sich mindestens **drei** Mitglieder, Anhängerinnen und Anhänger oder Delegierte an der Abstimmung beteiligen.

4.8.7. Niederschrift

Über die Mitglieder-, Anhängerinnen- und Anhänger- oder Delegiertenversammlung ist eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage 9a zu § 32 Absatz 5 Nummer 4 BbgKWahlV zu fertigen, die dem Wahlvorschlag beizufügen ist. Aus der Niederschrift muss die Art, der Ort und die Zeit der Versammlung, die Form der Einladung, die Anzahl der erschienenen Mitglieder, Anhängerinnen und Anhänger oder Delegierten sowie das Ergebnis der geheimen Wahl hervorgehen. Hierbei haben die Leiterin oder der Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmte Teilnehmerinnen oder Teilnehmer an Eides statt zu versichern, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen an eine demokratische Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gemäß § 33 Absatz 5 BbgKWahlG beachtet worden sind.

4.9. Unterstützungsunterschriften

4.9.1. Befreiung von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften

4.9.1.1. Parteien und politische Vereinigungen

Vom Erfordernis von Unterstützungsunterschriften befreit sind Wahlvorschläge von Parteien und politischen Vereinigungen, die am 17. August 2018 aufgrund eines zurechenbaren Wahlvorschlags im 19. Deutschen Bundestag oder im 6. Landtag Brandenburg durch mindestens eine im Land Brandenburg gewählte Abgeordnete oder durch mindestens einen im Land Brandenburg gewählten Abgeordneten oder im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming durch mindestens eine Kreistagsabgeordnete oder durch mindestens einen Kreistagsabgeordneten seit der letzten Wahl ununterbrochen vertreten sind.

4.9.1.2. Wählergruppen

Wahlvorschläge von Wählergruppen, die am 17. August 2018 aufgrund eines zurechenbaren Wahlvorschlags im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming durch mindestens eine Kreistagsabgeordnete oder durch mindestens einen Kreistagsabgeordneten seit der letzten Wahl ununterbrochen vertreten sind, sind von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften befreit.

4.9.1.3. Listenvereinigungen

Das Erfordernis von Unterstützungsunterschriften gilt ferner nicht für Listenvereinigungen, wenn mindestens eine der an ihr beteiligten Gruppierungen wenigstens eine der in Nummer 4.9.1.1 oder 4.9.1.2 genannten Voraussetzungen für die Befreiung von diesem Erfordernis erfüllt.

4.9.1.4. Einzelbewerberinnen und -bewerber

Wahlvorschläge von Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern, die am 17. August 2018 aufgrund eines Einzelwahlvorschlags im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming vertreten sind, sind von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften befreit.

4.9.2. Wichtige Hinweise

4.9.2.1. Anzahl Unterstützungsunterschriften

Dem Wahlvorschlag einer Partei, einer politischen Vereinigung, einer Wählergruppe, einer Listenvereinigung, einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers, die oder der nicht nach der vorstehenden Nummer 4.9.1 von dem Erfordernis von Unterstützungsunterschriften befreit ist, sind beizufügen:

- im Falle eines Wahlvorschlags für die **Wahlkreise 1, 3, 4 und 5** mindestens **20** Unterstützungsunterschriften von in dem jeweiligen Wahlkreis wahlberechtigten Personen und
- im Falle eines Wahlvorschlags für den **Wahlkreis 2** mindestens **30** Unterstützungsunterschriften von den im Wahlkreis 2 wahlberechtigten Personen

4.9.2.2. Abgabe und Frist für die Unterstützungsunterschriften

Die persönliche, überprüfbare Unterstützungsunterschrift der wahlberechtigten Person ist **spätestens** bis zum **Mittwoch, den 20. März 2019, 16 Uhr**, bei der Wahlbehörde zu leisten. Die Unterstützungsunterschrift kann auch bei einer ehrenamtlichen Bürgermeisterin oder einem ehrenamtlichen Bürgermeister im Land Brandenburg, vor einer Notarin oder einem Notar oder einer anderen zur Beglaubigung von Unterschriften ermächtigten Stelle geleistet werden. Die hierzu von mir auf Anforderung ausgegebenen Unterschriftenlisten (siehe Nummer 4.9.2.3) sind der jeweiligen Wahlbehörde **spätestens** bis zum **Mittwoch, den 20. März 2019, 16 Uhr** vorzulegen. Wahlbehörde ist der Bürgermeister bzw. im Regelfall das Einwohnermeldeamt der Kommune, in der die Unterschriften gesammelt werden.

Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften sind auf den von mir aufgelegten oder ausgegebenen amtlichen Formblättern für Unterschriftenlisten nach dem Muster der Anlage 6 zu § 32 Absatz 4 Nummer 3 BbgKWahlV unter Beachtung folgender Vorschriften zu erbringen:

4.9.2.3. Anforderung und Auflegung der Unterstützungsunterschriften

Die Formblätter werden von mir auf Anforderung des Wahlvorschlagsträgers sofort bei den jeweiligen Wahlbehörden aufgelegt.

Bei der Anforderung sind Familien- und Vornamen (bei mehreren Vornamen der Rufname oder die Rufnamen) sowie Anschrift einer jeden Bewerberin und eines jeden Bewerbers in erkennbarer Reihenfolge anzugeben. Daneben ist beim **Wahlvorschlag einer Partei, politischen Vereinigung, Wählergruppe oder Listenvereinigung** deren Name und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, anzugeben. Außerdem hat der Wahlvorschlagsträger durch schriftliche Erklärung zu bestätigen, dass die Bewerberinnen und Bewerber sowie ihre Reihenfolge gemäß § 33 BbgKWahlG bestimmt worden sind, oder eine Ausfertigung der Niederschrift über die Bestimmung der Bewerberinnen und Bewerber sowie ihrer Reihenfolge vorzulegen.

Beim **Wahlvorschlag einer Listenvereinigung** sind ferner auch die Namen, und, sofern vorhanden, die Kurzbezeichnungen der an ihr beteiligten Gruppierungen anzugeben. Beim Wahlvorschlag einer **Einzelbewerberin** oder eines **Einzelbewerbers** ist die Bezeichnung "Einzelwahlvorschlag" anzugeben.

Auf Anforderung des Wahlvorschlagsträgers werde ich unter den vorgenannten Voraussetzungen auch amtliche Formblätter für die Unterzeichnung des Wahlvorschlags bei einer ehrenamtlichen Bürgermeisterin oder einem ehrenamtlichen Bürgermeister im Land, vor einer Notarin oder einem Notar oder bei einer anderen zur Beglaubigung ermächtigten Stelle ausgeben.

4.9.2.4. Ungültige Unterschriften vor Bewerberbestimmung

Wahlvorschläge von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen oder Listenvereinigungen dürfen erst nach der Bestimmung der Bewerberinnen und Bewerber sowie ihrer Reihenfolge nach § 33 BbgKWahlG unterzeichnet werden. Vorher geleistete Unterstützungsunterschriften sind ungültig.

4.9.2.5. Ungültige Unterschriften bei Mehrfachunterzeichnung

Eine wahlberechtigte Person darf nur jeweils einen Wahlvorschlag für die Wahl zum Kreistag Teltow-Fläming unterzeichnen. Hat eine Person für diese Wahl mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnet, so sind sämtliche von ihr für diese Wahl geleisteten Unterstützungsunterschriften ungültig.

4.9.2.6. Ungültige Unterschriften bei wahlkreisbezogenen Wahlvorschlägen

Wahlkreisbezogene Wahlvorschläge dürfen nur von den in dem betreffenden Wahlkreis wahlberechtigten Personen unterzeichnet werden. Hat eine Person einen wahlkreisbezogenen Wahlvorschlag unterzeichnet, der für einen Wahlkreis gilt, in dem sie nicht wahlberechtigt ist, so ist ihre Unterschriftsleistung ungültig.

4.9.2.7. Ungültige Unterschriften bei Unterzeichnung durch Bewerber

Die Wahlberechtigung muss zum Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein. Die Unterzeichnung des Wahlvorschlags durch die Bewerberinnen und Bewerber selbst ist unzulässig.

4.9.2.8. Abgabe und Nachweis personenbezogener Daten, sowie Rücknahme der Unterschriften

Neben der Unterschrift sind Familien- und Vornamen (bei mehreren Vornamen der Rufname oder die Rufnamen), Tag der Geburt und Anschrift der unterzeichnenden Person sowie das Datum der Unterschriftsleistung anzugeben. Die unterzeichnende Person hat sich vor der Unterschriftsleistung auszuweisen. Die Zurücknahme gültiger Unterstützungsunterschriften ist wirkungslos.

4.9.2.9. Unterschriftsleistung durch Hilfsperson

Eine wahlberechtigte Person, die wegen einer körperlichen Behinderung einer Hilfe bei der Unterschriftsleistung bedarf, kann eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) bestimmen, die die Unterschriftsleistung vornimmt. Hilfsperson kann auch ein Bediensteter der Wahlbehörde sein, die ehrenamtliche Bürgermeisterin oder der ehrenamtliche Bürgermeister oder die Notarin oder der Notar. Eine wahlberechtigte Person, die wegen einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Wahlbehörde aufzusuchen, kann auf Antrag die Unterstützungsunterschrift durch Erklärung vor einer oder einem Beauftragten der Wahlbehörde ersetzen. Der Antrag kann bis **Montag, den 18. März 2019, 16 Uhr**, schriftlich bei der Wahlbehörde gestellt werden.

4.10. Vermerk der Wahlbehörde

Die Wahlbehörde hat für alle wahlberechtigten Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, die die Unterstützungsunterschrift auf der von mir aufgelegten oder ausgegebenen Unterschriftenliste leisten, zu vermerken, dass sie im betreffenden Wahlkreis zum Zeitpunkt ihrer Unterschriftsleistung wahlberechtigt sind.

4.11. Mängelbeseitigung

Nach Ablauf der Einreichungsfrist am 21. März 2019, 12 Uhr, können Mängel, die sich auf die Zahl und Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber beziehen, nicht mehr behoben und fehlende Unterstützungsunterschriften nicht mehr beigebracht werden. Das Gleiche gilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber so mangelhaft bezeichnet ist, dass ihre oder seine Identität nicht feststeht. Sonstige Mängel, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren, können bis zu der Entscheidung über die Zulassung der Wahlvorschläge (§ 37 Absatz 1 BbgKWahlG) beseitigt werden.

4.12. Zulassung der Wahlvorschläge

Der Wahlausschuss beschließt am 27.03.2019 in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge. Im Übrigen wird auf § 37 BbgKWahlG sowie §§ 38 und 39 BbgKWahlV verwiesen.

5. Vordrucke für die Einreichung von Wahlvorschlägen

Die für die Einreichung von Wahlvorschlägen erforderlichen Vordrucke werden von mir beschafft und können bei mir angefordert werden. Ferner können Sie die Musterformulare dem Internetangebot des Landeswahlleiters entnehmen:

<https://wahlen.brandenburg.de/wahlen/de/kommunalwahlen/>

Leistner
Kreiswahlleiterin

**Einladung zur 26. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 28.01.2019, um 17:00 Uhr.**

Die Sitzung findet im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde statt.

Tagesordnung:*Öffentlicher Teil*

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 19. November 2018
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Vorsitzenden und der Verwaltung

Beschlussvorlagen

- 5 Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke 5-3732/18-LR
- 6 Maßnahme zur Korruptionsprävention - Einrichtung einer Hinweisgeberstelle 5-3530/18-LR/1
- 7 Vorschlag für die Berufung des Kreiswahlleiters und seines Stellvertreters durch den Landeswahlleiter für die Landtagswahl 2019 5-3730/18-I
- 8 Beschaffung von Fahrzeugen für die Katastrophenschutzeinheiten des Landkreises Teltow-Fläming auf Grundlage der Förderrichtlinie 2019/2020 5-3750/19-III

Informationsvorlagen

- 9 Jahresarbeitsplan 2019 (Kreistag, Kreisausschuss und Fachausschüsse) 5-3746/19-LR
- 10 Arbeitsplan zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming, dem polnischen Partnerlandkreis Gniezno, dem Kreis Paderborn und dem Stadtbezirk Berlin Tempelhof-Schöneberg im Jahr 2019 5-3747/19-LR
- 11 Sponsoringbericht des Landkreises Teltow-Fläming für das Jahr 2018 5-3748/19-I
- 12 Anfragen der Abgeordneten

Nicht öffentlicher Teil

- 13 Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 19. November 2018

Beschlussvorlagen

- 14 Vergabe von Leistungen zur Erstellung eines Baumkatasters für alle Kreisstraßen 5-3737/18-I
- 15 Vergabe der Gebäude- und Tragwerksplanung für die Sanierung der Formwerkstatt im Museumsdorf Glashütte 5-3756/19-I
- 16 Vereinbarung zum Bauvorhaben Flaeming-Skate S 9 Gölsdorf - Oehna 5-3738/18-I

zwischen der Gemeinde Niedergörsdorf und dem Landkreis Teltow-Fläming

- | | | |
|----|--|---------------|
| 17 | Persönliche Schutzausrüstung und Arbeitskleidung für den Rettungsdienst - Ausschreibung und Zuschlagserteilung für die Lieferung | 5-3740/18-III |
| 18 | Mitteilungen der Vorsitzenden und der Verwaltung | |
| 19 | Anfragen der Abgeordneten | |

Luckenwalde, 16. Januar 2019

Kornelia Wehlan
Die Vorsitzende

Die Tagesordnung wird gemäß § 131 Abs. 1 in Verbindung mit § 50 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming bekannt gemacht.

Luckenwalde, den 16. Januar 2019

Kornelia Wehlan
Landrätin

Sonstige Bekanntmachungen

Festsetzung nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) für das Wirtschaftsjahr 2019 des TAZV Luckau

Aufgrund des § 7 Nummer 3 und des § 14 Absatz 1 der EigVO hat die Versammlungsversammlung durch Beschluss vom 05.12.2018 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 festgestellt:

1 Es betragen

1.1 im Erfolgsplan

die Erträge	12.072.500,00 €
die Aufwendungen	10.771.800,00 €
der Jahresgewinn	1.300.700,00 €
der Jahresverlust	0,00 €

1.2 im Finanzplan

+ Mittelzufluss/ - Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	3.369.900,00 €
+ Mittelzufluss/ - Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	- 4.499.500,00 €
+ Mittelzufluss/ - Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	- 1.828.100,00 €

2 Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	289.000,00 €
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0,00 €
2.3. die Verbandsumlagen auf	0,00 €

Nach § 19 Absatz 2 Satz 1 GKG in Verbindung mit § 11 Absatz 2 der Verbandssatzung haben die einzelnen Verbandsmitglieder dabei folgende Anteile zu tragen:

a) Stadt Dahme	0,00 €
b) Gemeinde Dahmetal	0,00 €
c) Gemeinde Ihlow	0,00 €
d) Stadt Golzen	0,00 €
e) Gemeinde Drahnsdorf	0,00 €
f) Gemeinde Steinreich	0,00 €
g) Gemeinde Kasel-Golzig	0,00 €
h) Gemeinde Heideblick	0,00 €
i) Gemeinde Bersteland	0,00 €
j) Gemeinde Schönwald	0,00 €
k) Stadt Luckau TG Luckau	0,00 €
l) Gemeinde Crinitz	0,00 €
m) Stadt Luckau TG Crinitz	0,00 €

Luckau, 07.01.2019
Ort, Datum

gez. Ladewig
Verbandsvorsteher

Bekanntmachungsanordnung

Hiermit ordne ich an, dass die vorstehende Festsetzung des TAZV Luckau nach § 14 Abs. 1 EigV im Amtsblatt für den Landkreis Dahme-Spreewald, dem Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming und dem Amtsblatt für das Amt Kleine-Elster öffentlich bekannt gemacht wird. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 des TAZV Luckau, beschlossen am 05.12.2018, liegt beim TAZV Luckau, Am Bahnhof 2 in 15926 Luckau, zur Einsichtnahme aus.

Luckau, den 07.01.2019

gez. Ladewig
Verbandsvorsteher